

Quartalsbericht Q1/2026 der Anlagestrategie JB Wachstumsstrategie

Rückblick

Das erste Quartal 2026 war von einem anspruchsvollen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld geprägt. Insbesondere die Eskalation im Nahen Osten sowie anhaltende Spannungen in der internationalen Handelspolitik sorgten für erhöhte Unsicherheit und beeinflussten die globalen Finanzmärkte spürbar. Die konjunkturellen Entwicklungen in den großen Wirtschaftsräumen zeigten sich uneinheitlich. Die Geldpolitik blieb insgesamt zurückhaltend, da Zentralbanken angesichts bestehender Risiken vorsichtig agierten. Insgesamt war das Quartal durch eine fragile Stabilisierung bei gleichzeitig erhöhter Anfälligkeit gegenüber externen Schocks gekennzeichnet.

Aktuelle Geopolitik

Das erste Quartal 2026 war maßgeblich von der Eskalation im Nahen Osten geprägt. Am 28. Februar begannen die USA und Israel eine gemeinsame militärische Offensive gegen den Iran – bezeichnet als „Präventivschlag“, um die Entwicklung von Atomwaffen im Iran zu verhindern. Es folgten Hunderte Luft- und Raketenangriffe auf das iranische Atom- und Raketenprogramm sowie die militärische Infrastruktur. Auch Vertreter der Führung in Teheran wurden gezielt angegriffen, wobei Irans oberster Führer, Ali Khamenei, getötet wurde. Infolgedessen wurde sein Sohn Mojtaba Khamenei zum neuen Supreme Leader ernannt.

Der Iran reagierte mit Gegenangriffen auf Israel sowie auf US-Militärbasen in der Golfregion und weitete den Konflikt gezielt auf benachbarte Golfstaaten aus. In diesem Zusammenhang sperrte der Iran auch die Straße von Hormus und brachte damit den Schiffsverkehr weitgehend zum Erliegen. Durch diese Meerenge werden knapp 20 % des weltweit verbrauchten Rohöls und raffinierter Produkte transportiert. Das Vorgehen des Irans zielt darauf ab, den Konflikt über die militärische Ebene hinaus auch politisch und wirtschaftlich auszuweiten und die Kosten für die Gegenseite zu erhöhen. Dazu griff der Iran zusätzlich Energieinfrastruktur in der Region an, um die Preise für Öl und Gas gezielt unter Druck zu setzen.

Die Folgen spiegelten sich unmittelbar im Ölpreis wider, der erstmals seit vier Jahren auf über 100 US-Dollar je Barrel stieg. Gleichzeitig verteuerte sich auch Gas deutlich, da Asien und Europa verstärkt um die knappen Lieferungen konkurrieren. Höhere Energiepreise wirken sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette aus – von Transport über Produktion bis hin zu Verpackung – und erhöhen damit global den Inflationsdruck.

Politisch bleibt die Lage unklar: Während US-Präsident Trump von Gesprächen mit dem Iran spricht, weist Teheran diese Darstellung zurück und lehnt auch einen von den USA vorgelegten 15-Punkte-Plan ab. Eine schnelle Deeskalation könnte die wirtschaftlichen Folgen begrenzen. Sollte sich der Konflikt jedoch über mehrere Monate hinziehen, drohen insbesondere in Europa steigende Inflationsraten und eine zusätzliche Belastung der Konjunktur.

US-Politik und Konjunktur

Die US-Handelspolitik blieb ein zentraler Unsicherheitsfaktor für die Weltwirtschaft. Am 20. Februar 2026 erklärte der Oberste Gerichtshof der USA einen Großteil der unter Präsident Trump verhängten Importzölle für ungültig. Indem Trump umfangreiche globale Zölle unter Berufung auf den International Emergency Economic Powers Act verhängt hatte, habe er seine Befugnisse überschritten urteilten die Richter. Die betroffenen Abgaben hatten Einnahmen von über 160 Milliarden US-Dollar generiert. Ob und in welchem Umfang sie erstattet werden müssen, ist juristisch weiterhin offen.

Als unmittelbare Reaktion führte die Trump-Administration neue temporäre Importzölle von 10 bis 15 % auf Basis alternativer Rechtsgrundlagen ein, die weltweit gelten und den Druck auf Handelspartner aufrechterhalten sollen. Parallel laufen Untersuchungen zu dauerhaften Zöllen gegen die EU und China. Das Europäische Parlament brachte unterdessen ein transatlantisches Handelsabkommen voran und setzte Schutzklauseln für europäische Unternehmen durch.

Insgesamt schaffen die anhaltende Zollreform, offene Fragen zur Erstattung der Zoll-Milliarden und ungeklärte bilaterale Handelsbeziehungen ein Umfeld erhöhter Unsicherheit, das globale Lieferketten belastet und bis in die zweite Jahreshälfte für Marktvolatilität sorgen könnte.

Die US-Wirtschaft präsentierte zu Jahresbeginn gemischte Signale. Im Februar blieb die Inflation stabil bei 2,4 %. Mögliche geopolitische Spannungen, insbesondere durch den Iran-Konflikt, könnten den Inflationsdruck aber erhöhen. Der Arbeitsmarkt schwächte sich im Februar ab. 92.000 Stellen gingen verloren und die Arbeitslosenquote stieg auf 4,4 %.

Leitzinsen

Im ersten Quartal 2026 hielten die großen Zentralbanken an ihrer abwartenden Geldpolitik fest. Die Federal Reserve beließ den Leitzins unverändert bei 3,50 bis 3,75 %, während der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bei 2,15 % liegt. Auch die Schweizerische Nationalbank und die Bank of England entschieden sich gegen Anpassungen ihrer Zinssätze. Die EZB sieht sich trotz geopolitischer Risiken und steigender Energiepreise gut gerüstet. Ökonomen erwarten jedoch einen moderaten Anstieg der Inflation im weiteren Jahresverlauf. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass es mittelfristig zu ein bis zwei Zinserhöhungen kommen könnte, sofern sich der Preisdruck weiter verstärkt.

Deutschland – Politik

Die deutsche Politik stand zum Start des Jahres weiterhin im Zeichen wirtschaftlicher und geopolitischer Herausforderungen. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz sieht sich wachsendem Druck ausgesetzt, strukturelle Reformen voranzutreiben. Wirtschaft und Verbände fordern insbesondere Bürokratieabbau, wettbewerbsfähigere Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Gleichzeitig gewinnt die Außenpolitik zunehmend an Bedeutung. Die Bundesregierung betont eine engere europäische Zusammenarbeit sowie stabile transatlantische Beziehungen, um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen zu sichern. Auch der eskalierende Konflikt zwischen den USA und Israel auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite rückte in den Fokus der deutschen Außenpolitik. Berlin setzt dabei weiterhin auf diplomatische Lösungen und beobachtet mögliche Auswirkungen auf Energiepreise und internationale Handelswege. Die als Lösung gegen den Preisanstieg bei Benzin und Diesel eingeführte Spritpreisbremse, wonach Tankstellen in Deutschland nur noch einmal täglich um 12 Uhr die Preise

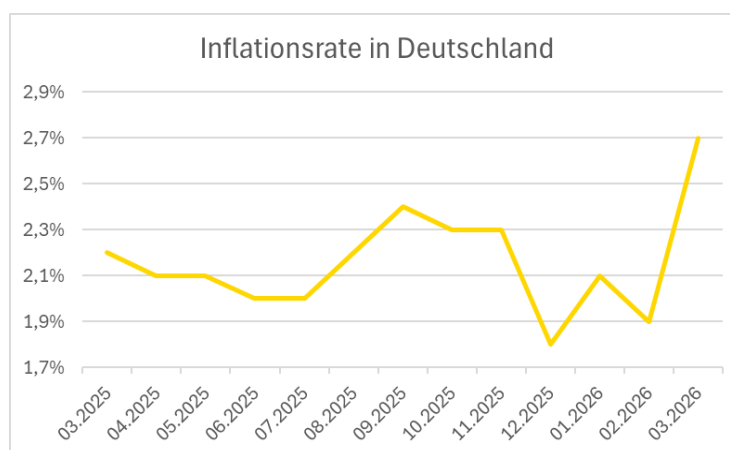
erhöhen dürfen, entpuppte sich mit Start am 1. April leider nicht als Aprilscherz, sondern erwartungsgemäß als Flop – die Preise sprangen am Mittag um 9 bis 12 Cent auf neue Höchststände.

Im ersten Quartal standen mehrere wichtige Regionalwahlen im Fokus. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg lagen die Grünen mit rund 30 % knapp vor der CDU, gefolgt von der AfD; die SPD schnitt deutlich schwächer ab und schaffte nur knapp den Verbleib im Landtag. Parallel fanden Kommunalwahlen in Bayern und Hessen statt. In Hessen blieb die CDU mit etwa 29,8 % stärkste Kraft, während die AfD wie auch Die Linke zulegen und sowohl die Grünen als auch die SPD Verluste verzeichneten. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gewann die CDU mit 31 %, gefolgt von der SPD mit 25,9 % und der AfD mit 19,5 %.

Die politischen Blicke richten sich nun auf die Landtagswahlen im September in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Berliner Abgeordnetenhauswahl. Vor allem Letztere gilt als wichtiger Stimmungsindikator für die Bundespolitik.

Deutschland – Konjunktur

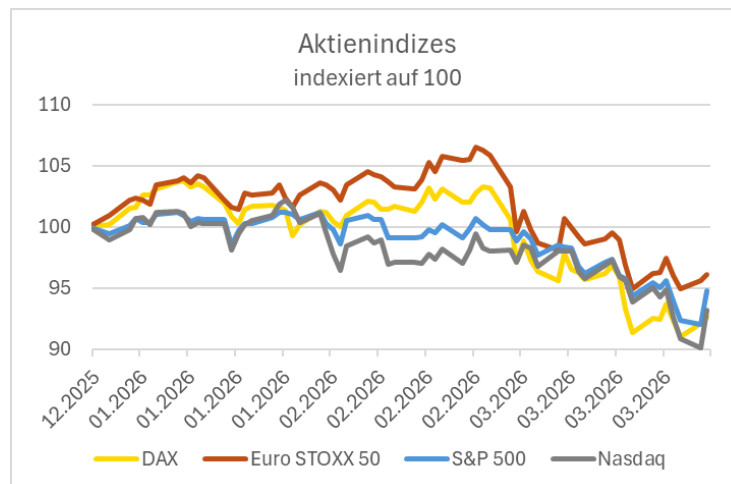
Die deutsche Wirtschaft tritt weiterhin auf der Stelle. Während das BIP im letzten Quartal einen minimalen Anstieg verzeichnen konnte, stagniert die Wirtschaft wiederum im ersten Quartal des neuen Jahres. Dies hängt nicht zuletzt auch mit der Eskalation im Nahen Osten zusammen. Vor diesem Hintergrund haben die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognose für 2026 drastisch von 1,3 % auf 0,6 % gesenkt. Belastend wirkte weiterhin die schwache Exportentwicklung. Im Januar gingen die deutschen Exporte um etwa 2,3 % gegenüber dem Vormonat zurück, insbesondere aufgrund geringerer Nachfrage aus der EU und aus China. Zudem bedeuten die zuletzt wieder gestiegenen Energiepreise ein Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung, da sie die Produktionskosten erhöhen und die Kaufkraft der Haushalte belasten. Während die Inflation im Februar noch relativ stabil bei 1,9 % lag, zogen die Verbraucherpreise im März infolge der Verteuerung der Energiepreise sprunghaft auf 2,7 % an.



Quelle: <https://tradingeconomics.com>

Aktienmarkt

Das erste Quartal 2026 begann vielversprechend: Der DAX markierte am 13. Januar mit 25.508 Punkten ein neues Allzeithoch, der Dow Jones überschritt erstmals die Marke von 49.000 Punkten und auch der Nasdaq notierte auf hohem Niveau. Ab Ende Februar drehte die Stimmung jedoch deutlich ins Negative. Auslöser war der militärische Angriff der USA und Israels am 28. Februar auf den Iran, der daraufhin die Straße von Hormus blockierte und damit den Preis von Rohöl deutlich nach oben trieb. Dies schürte unmittelbar Inflations- und Rezessionsängste und ließ Hoffnungen auf weitere Zinssenkungen der Notenbanken rasch schwinden. Zum Quartalsende notierte der S&P 500 rund 7 % unter seinem Stand zum Jahresbeginn, der DAX verlor ca. 9 % und der Nasdaq büßte rund 8 % ein. Auf Sektorebene gewannen Energie und Rüstung als klare Outperformer, während Technologie- und Wachstumswerte sowie zyklische Industrien unter der Erwartung steigender Zinsen und trüblerer Konjunkturaussichten deutlich nachgaben.



Quelle: <https://www.finanzen.net/>

Rohstoffe

Das erste Quartal 2026 war für Rohstoffe von hoher Volatilität geprägt. Getrieben von geopolitischen Spannungen und hoher Nachfrage nach sicheren Anlagen erreichte Gold Anfang Januar über 5.300 US-Dollar pro Unze, Silber etwa 88,6 US-Dollar. Beide Edelmetalle korrigierten Ende Januar deutlich, konnten sich aber teilweise wieder erholen.

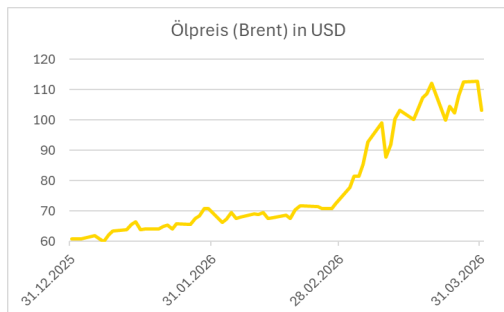
Rohöl reagierte besonders stark auf die Eskalation im Nahen Osten und insb. auf die Sperrung der Straße von Hormus, durch die in friedlichen Zeiten rund 20 Millionen Barrel Öl täglich transportiert werden. Das entspricht knapp 20 % des weltweiten Verbrauchs. Der Preis für Brent Crude stieg zeitweise über 100 US-Dollar pro Barrel, getrieben durch Angebotsorgen, geopolitische Risiken und Unsicherheit über die mögliche Dauer des Konflikts. Die Mitgliedsstaaten der Internationalen Energieagentur (IEA) halten strategische Ölreserven für mindestens 90 Tage ihrer Nettoimporte vor, wodurch kurzfristige Engpässe teilweise abgedefert werden können.

Erdöl bleibt nicht nur ein zentraler Energieträger, sondern auch Basis für zahlreiche Alltagsprodukte wie Kunststoffe, Farben, synthetische Fasern, Düngemittel, Asphalt oder Medikamente. Rund 25 bis

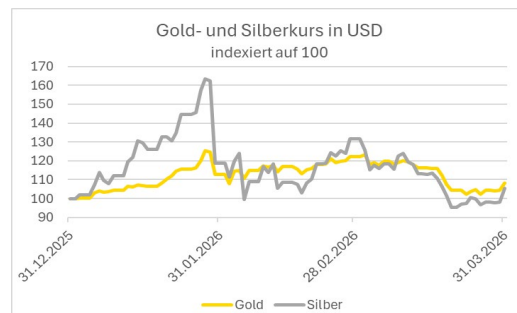
30 % des Ölverbrauchs entfallen auf diese Verwendungen. Erdgas spielt eine ähnlich wichtige Rolle, insbesondere für Heizung und Industrie, während der Transportsektor nur eine untergeordnete Bedeutung hat. Da über 90 % des global gehandelten Erdgases werden über Pipelines transportiert werden, beeinflusst der Iran-Konflikt den Gasmarkt bislang weniger stark, auch wenn die Preise für LNG wegen eines knapperen Angebots in Asien steigen.

Trotz technischer Fortschritte bei Erneuerbaren Energien und Mobilität sind Öl und Gas weiterhin die dominanten Energieträger mit einem Anteil von rund 55 % am weltweiten Verbrauch. Regional konzentriert sich der Konsum zunehmend auf Asien, insbesondere China, während Europas Anteil deutlich zurückgeht.

Trotz der kurzfristigen Preissprünge ist das aktuelle Ölpreisniveau historisch betrachtet nicht außergewöhnlich. Kaufkraftbereinigt lag der Ölpreis in den vergangenen 25 Jahren bei 85 bis 90 US-Dollar/Barrel, zwischenzeitliche Spitzen lagen nominal deutlich höher, etwa bei 147 US-Dollar im Juli 2008 (inflationbereinigt heute ca. 200 US-Dollar). Technologische Fortschritte reduzieren zudem den Kraftstoffverbrauch vieler Fahrzeuge und Anwendungen. Die aktuellen Effekte ergeben sich daher vor allem aus dem schnellen Anstieg von einem niedrigen Ausgangsniveau, nicht aus einem außergewöhnlich hohen Preisniveau.



Quelle: <https://www.finanzen.net/>



Fazit

Das erste Quartal 2026 war noch stärker als die vergangenen Jahre von geopolitischen Spannungen geprägt, insbesondere durch die Eskalation im Nahen Osten, sowie von anhaltenden von der US-Handelspolitik ausgehenden Unsicherheiten. Diese Entwicklungen hatten spürbare Auswirkungen auf die Finanzmärkte, die mit erhöhter Volatilität und teils deutlichen Kursbewegungen reagierten.

Wie lange der Konflikt im Nahen Osten andauern wird, bleibt derzeit ungewiss. Entsprechend wichtig ist, die weiteren Entwicklungen aufmerksam zu beobachten und deren potenzielle wirtschaftliche Auswirkungen einzuordnen. Gleichzeitig bestätigt sich erneut, dass kurzfristige Marktreaktionen häufig von starker Unsicherheit getrieben sind.

Vor diesem Hintergrund ist entscheidend, nicht vorschnell oder emotionsgetrieben zu handeln. Eine besonnene, langfristig ausgerichtete Anlagestrategie sowie ein gewisses Maß an Resilienz bleiben zentrale Voraussetzungen, um auch in einem herausfordernden Umfeld stabil zu agieren und Chancen nutzen zu können.

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Die Finanzportfolioverwaltung wird auf Grundlage der mit Ihnen vereinbarten Anlagerichtlinien unter Beachtung der von Ihnen angegebenen persönlichen Umstände und des/der anhand Ihrer Angaben abgeleiteten Risikoprofils und Risikoklassen erbracht. Auf dieser Grundlage ist die Geeignetheit der für Sie verwalteten Finanzanlagen weiterhin gegeben. Soweit sich Ihre Anlageziele, die Risikobereitschaft oder die finanziellen Verhältnisse ändern oder Sie neue individuelle Anforderungen an Ihre Finanzanlagen haben, informieren Sie bitte umgehend Ihren Berater.

Wichtiger Hinweis: Der vorliegende Bericht wurde von der BfV Bank für Vermögen AG auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Informationen erstellt. Hinsichtlich der von Dritten hinzugezogenen Informationen und Quellen hat die BfV Bank für Vermögen AG nur eine Auswahl getroffen. Für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der von Dritten erhaltenen bzw. hinzugezogenen Informationen, Quellen und Analyseergebnisse übernimmt die BfV Bank für Vermögen AG keine Haftung. Die Darstellung erfolgt insoweit zu rein informatorischen Zwecken. Alle Aussagen in dem Bericht können sich jederzeit unangekündigt ändern. Die BfV Bank für Vermögen AG trifft insoweit keine Verpflichtung, den Bericht zu aktualisieren. Die in dem Bericht enthaltenen Informationen sind daher weder als Angebot zur Anschaffung oder zur Veräußerung von Investmentanteilen oder anderen Finanzinstrumenten noch zur Vermittlung solcher Geschäfte oder anderer wertpapierbezogener Dienstleistungen zu verstehen. Der Bericht stellt insbesondere auch keine Anlageberatung dar. Die Angaben in dem Bericht ersetzen keine individuelle anleger- und anlagegerechte Beratung.

Sofern im vorliegenden Bericht auf eine frühere Wertentwicklung hingewiesen wird, beziehen sich die Zahlenangaben auf die Vergangenheit. Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse. Sofern die Informationen im vorliegenden Bericht Simulationen früherer Wertentwicklungen oder einen Verweis darauf enthalten, beziehen sich die Zahlenangaben auf eine simulierte frühere Wertentwicklung. Die frühere Wertentwicklung ist kein verlässlicher Indikator für künftige Ergebnisse. Sofern die Informationen im vorliegenden Bericht Angaben zur künftigen Wertentwicklung enthalten, beruhen diese Angaben nicht auf einer simulierten früheren Wertentwicklung oder nehmen auf eine solche Bezug. Derartige Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

April 2026